



AKADEMIE FÜR TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Ulm wohin?

Empfehlungen der Konsensuskonferenz

Bürgergutachten

Oktober 1998

Eine Veröffentlichung der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg

Zusammengestellt von:
Dr. Sabine Köberle

Kontaktadresse:
Akademie für Technikfolgenabschätzung
in Baden-Württemberg
Industriestraße 5, 70565 Stuttgart
Tel: 0711/9063-0; Fax: 0711/9063-299
e-mail: discourse@afta-bw.de
<http://www.afta-bw.de>

Dieses Bürgergutachten faßt die Meinungen, Argumente und Empfehlungen von Bürgern zusammen, die dieses Ergebnis in einem gemeinsamen Lern- und Diskussionsprozeß erarbeitet haben. Die Rolle der Akademie besteht in der Zusammenführung der beteiligten Gruppen und Personen, der Moderation der Diskussionen und der Zusammenstellung der Texte.

Die Publikation von Bürgergutachten verfolgt das Ziel, die Ergebnisse von Diskursen mit von Technik betroffenen Bürgern zusammenzufassen und einem interessierten Publikum zu vermitteln. Die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg gibt in loser Form auch Arbeitsberichte, projektbezogene Texte und Projektdokumentationen heraus.

Umweltdiskurs:
Ulm wohin?
Empfehlungen der Konsensuskonferenz

Bürgergutachten

Oktober 1998

Zum Geleit

Der ehemalige Umwelt- und Bauausschuß des Gemeinderates der Stadt Ulm sowie der Oberbürgermeister hatten aufgerufen, die umweltpolitischen Leitlinien der Stadt von der Bürgerschaft diskutieren zu lassen. Deswegen veranstaltete die Akademie für Technikfolgenabschätzung eine Konsensuskonferenz mit der Teilnahme von 15 Bürgerinnen und Bürgern. Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten an insgesamt 8 Tagen von 9-17 Uhr und viele Stunden zuhause.

Schon zu Beginn der Diskussion wurde klar, daß alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer großes Interesse haben, über die Probleme der Stadtentwicklung sowie über den Umweltschutz informiert zu werden und an den Entscheidungsprozessen aktiv mitzuwirken. Wir äußerten gemeinsam den Wunsch, durch Gespräche mit Experten und Politikern Einblicke in die Breite und Vielfalt der aktuellen Probleme der Stadt zu bekommen. Denn dadurch waren wir in der Lage, Vorschläge zur Bewältigung der schwierigen Aufgaben machen zu können.

Dank guter Organisation der Konferenz fanden zahlreiche Vorträge sowie Gespräche mit Fachleuten und Entscheidungsträgern im Bereich Energieversorgung, Verkehrsplanung und Flächennutzung statt. Weiterhin wurden öffentliche Hearings vor und nach Formulierung der Bürgerempfehlung durchgeführt.

Um einige Varianten der Ulmer Energieversorgung näher kennenzulernen, haben wir das Müllheizkraftwerk im Donautal und das Heizkraftwerk in der Weststadt besichtigt.

Wir nahmen die Leitlinien der Stadt Ulm kritisch unter die Lupe. Dabei wurde klar, daß Wissenschaftler und Verwaltung gute Vorarbeit geleistet haben. Wir bestätigten diese Leitlinien im Hinblick auf Energieeinsparungen, Verkehrsentlastungen und Flächenverbrauch. Darüberhinaus haben wir Vorschläge zu

daraus abzuleitenden konkreten Zielen und deren Umsetzung erarbeitet.

Es ist selbstverständlich, daß Umweltziele nicht schnell erreichbare Ziele sind und daß diese Ziele nur zu erreichen sind, wenn jede Bürgerin und jeder Bürger entschlossen und eng mit den Verantwortlichen in Verwaltung und Politik zusammenarbeiten.

Um die Bürgerschaft langfristig zur aktiven Mitarbeit zu bewegen, ist eine von Vertrauen, Verständigung, Aufklärung und Kompetenz geprägte Öffentlichkeitsarbeit eine unabdingbare Voraussetzung.

Wir erwarten deshalb, daß die Gemeinderäte und die Entscheidungsträger der Verwaltung unsere Vorschläge ernst nehmen, darüber diskutieren und sie in unserem Sinn weiterentwickeln. Hierfür wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsensuskonferenz

Zusammenfassung

15 statistisch ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ulm haben in Form einer "Konsensuskonferenz" die Umwelleitlinien der Stadt Ulm zur Flächennutzung, zur Verkehrsplanung und zur Energieversorgung erörtert und darauf aufbauend Empfehlungen für den Gemeinderat erarbeitet.

Flächennutzung

Die Leitlinie wurde in vollem Umfang akzeptiert. Die nach Meinung der Bürger notwendigen Umsetzungsmaßnahmen fordern den Vorrang regionaler Planung vor den Interessen der einzelnen Städte in der Region. Der Umgang mit der Ausweisung neuer Siedlungsflächen soll restriktiv gehandhabt werden. Erforderlichenfalls sollen Nachverdichtungen vorgenommen werden, dann aber mit einer frühzeitigen und intensiven Beteiligung aller Betroffenen.

Verkehrsplanung

Die Ziele der Leitlinie, das Verkehrsaufkommen zu senken und die Mobilität zu erhöhen, wurden übernommen. Nach Meinung der Konsensuskonferenz wird dem Individualverkehr trotzdem mehr als nur eine "ergänzende" Bedeutung, wie in der Leitlinie gefordert, zukommen. Um die Innenstadt vom Transitverkehr zu entlasten, wird ein zügiger Tangentenausbau befürwortet. Das Parkflächenangebot und der Umfang an Fußgängerbereichen wird für ausreichend gehalten. Konkrete Wünsche zur Erhöhung der Attraktivität des zu Fuß Gehens und des Fahrradfahrens werden aufgelistet. Der bestehende öffentliche Nahverkehr soll der Bürgerin und dem Bürger aufgrund einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit nahegelegt werden. Einige Verbesserungen des derzeitigen Leistungsangebotes werden gewünscht.

Große Bedeutung kommt dem Ausbau des ÖPNV zu. Die Konsensuskonferenz wünscht die Realisierung der ersten Straßenbahnlinie aus dem 5-Linienkonzept unter dem Nachweis der Wirtschaftlichkeit und einer ausreichenden Absicherung der Prognosen über die nötigen Steigerungen der Fahrgastzahlen. Im relativ langen Zeitraum bis zur Fertigstellung der ersten Linie sollen die von den Gutachtern vorgesehenen anderen Maßnahmen - wie der Ausbau des Bussystems - zügig angegangen werden.

Energieversorgung

Die Leitlinie mit ihrem Ziel, 50 % des CO₂-Ausstosses zu reduzieren, wird begrüßt. Obwohl Ulm in einigen Bereichen der erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle in Deutschland hat, sind neue Wege zur Erreichung der gesetzten Ziele nötig. Zentrale Maßnahme ist die Schaffung einer unabhängigen Organisation, die mit modernen Formen der Bürgerarbeit die Notwendigkeit der Energieeinsparung und mögliche Wege dahin an jeden Haushalt heranbringt. Wichtig ist die Erarbeitung und Vereinbarung von zielgruppenspezifischen Etappenzielen auf dem Weg zum Gesamtziel.

Die Installation einer modernen Gasturbine zur Strom- und Wärmezeugung wird trotz des Risikos eines möglichen Preisverfalls durch die Liberalisierung der Strommärkte gewünscht. Der Gemeinderat wird gebeten, das Risiko quantifizieren zu lassen und Wege vorzuschlagen, wie es sich auf ein tragbares Level reduzieren läßt.

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit	IV
Zusammenfassung	VI
I. Die Organisation der Konsensuskonferenz im Umweltdiskurs	1
II. Empfehlungen an den Gemeinderat der Stadt Ulm	7
1. Leitlinie der Flächennutzung	7
1.1 Bewertung der Leitlinie	7
1.2 Maßnahmen.....	7
2. Leitlinie der Verkehrsplanung.....	10
2.1 Bewertung der Leitlinie	10
2.2 Maßnahmen.....	11
3. Leitlinie der Energieversorgung	15
3.1 Bewertung der Leitlinie	15
3.2 Maßnahmen.....	16
II. Dokumentation	18
1. Zusammensetzung der Konsensuskonferenz.....	18
2. Tagesordnungen.....	20
3. Beteiligte Personen	28
Anhang:	30
Persönliche Empfehlungen einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsensuskonferenz.....	30

I. Die Organisation der Konsensuskonferenz im Umweltdiskurs

Sabine Köberle, Akademie für Technikfolgenabschätzung

Wie soll unsere gemeinsame Zukunft aussehen? 1983 erarbeitete die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung einen Wegweiser. Wir alle sollen an einer nachhaltigen Entwicklung teilhaben, "die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können". Die Weltpolitiker folgten den Vorschlägen der Kommission und machten den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zu einem politischen Ziel, das rund um die Welt Anerkennung fand und findet.

In Ulm ist die nachhaltige Entwicklung zum Leitbild der Stadtentwicklung geworden. Vor knapp 2 Jahren, im November 1996 legte das damalige Amt für Stadtökologie dem Gemeinderat im Entwurf Leitlinien der zukünftigen Umweltpolitik vor. Daraufhin beauftragte der Umwelt- und Bauauschuß die Verwaltung, einen Umweltdiskurs über diese Leitlinien in der Bürgerschaft zu führen. Denn - und da sind sich Politiker verschiedener Couleur, diverse Interessengruppen und die Bürgerschaft Ulms einig - wenn nicht alle in der Stadt an einem Strang ziehen, können die formulierten Leitlinien zu keiner nachhaltigen Stadtentwicklung führen.

Was meint die Ulmer Bürgerschaft dazu? Das sind die Bürgerinnen und Bürger. Das sind die Vereine. Das sind die Verbände und die Unternehmen. Wie denken sie über die Leitlinien zur zukünftigen Flächennutzung, Verkehrsplanung und Energienutzung?

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung des Landes Baden-Württemberg erhielt von der Stadt Ulm im Juni 1997 den Auftrag, im Rahmen des Umweltdiskurses eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollten die Möglichkeit erhalten, unbeeinflusst von tagespolitischen

schen Aufgeregtheiten in intensiven Diskussionen und Verhandlungen eine Stellungnahme zu den umweltpolitischen Leitlinien zu erarbeiten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, organisierte die Akademie eine Konsensuskonferenz.

Konzept Konsensuskonferenz

Das Instrument der Konsensuskonferenz wurde in Dänemark entwickelt, um die demokratische Debatte in technischen Belangen wiederzubeleben. Es wurde bis jetzt zu Fragen der Nutzung von Bio- und Gentechnologie, zur Informationstechnik und in der Schweiz dieses Jahr zur zukünftigen Energieversorgung angewandt. Mit der Konsensuskonferenz holt sich die Politik eine Bürgerempfehlung als Pendant zu den üblichen Expertengutachten ein.

Das Verfahren beruht darauf, daß eine Gruppe von nicht speziell geschulten Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Sachverständige, die sie meist selbst ausgewählt hat, mit Fragen zu umstrittenen Aussagen konfrontiert. Da uns die technologischen und umweltpolitischen Entwicklungen vor Herausforderungen stellen, die über rein wissenschaftliche Erwägungen hinausgehen, wird der Begriff des Sachverständigen weit gefaßt: Jede Person, die sich aus einem speziellen Standpunkt mit dem Thema befaßt, kann als Sachverständiger hinzugezogen werden. Nach einem öffentlichen Hearing zu umstrittenen Aussagen und Standpunkten faßt die Bürgergruppe ihre Schlußfolgerungen und Bewertungen in einem Bericht zusammen. Die Schlußfolgerungen prüft sie im Gespräch mit Sachverständigen, Interessenträgern und interessierten Bürgern auf sachliche Richtigkeit und Verständlichkeit. Sie sammelt die interessengebundenen Bedenken und wägt sie gegeneinander ab. Wenn die Bürgergruppe ihren Bericht überarbeitet hat, legt sie ihn den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung vor.

Die Konsensuskonferenz als ein Teil des Umweltdiskurses wurde in Ulm und Deutschland erstmals durchgeführt.

Konkrete Aufgabenstellung der Konsensuskonferenz

Im Vorfeld hat die Akademie gemeinsam mit Baubürgermeister Wetzig eine konkrete Aufgabenstellung für die Konsensuskonferenz festgelegt. Drei Leitlinien wurden ausgewählt, die derzeit von besonderem Interesse sind. Die Konsensuskonferenz hatte dementsprechend folgende Leitlinien zum Thema:

- Energieeinsparung und Klimaschutz vorantreiben
- Verkehrsaufkommen verlagern, Mobilität gewinnen
- Flächenansprüche hinterfragen und Freiflächenkonzept entwickeln

Dazu sollten auf Wunsch der Fachabteilungen folgende Maßnahmenbündel exemplarisch vorgestellt werden:

Leitlinien	Maßnahmenblöcke
Energieeinsparung und Klimaschutz vorantreiben	<ul style="list-style-type: none">• Wärmedämmung im Altbau• Einsatz rationeller Wärmetechnik• Nutzung erneuerbarer Energie
Verkehrsaufkommen verlagern, Mobilität gewinnen	<ul style="list-style-type: none">• Verkehrsberuhigung in der Innenstadt• Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
Flächenansprüche hinterfragen und Freiflächenkonzept entwickeln	<ul style="list-style-type: none">• Verdichtung und Nachverdichtung• Landschaftsentwicklung

Informationsbasis

In Zusammenarbeit mit der Stadt Ulm entstand ein Handbuch, in dem die zentralen Informationen zu den Leitlinien und Maßnahmen nachzulesen sind. Die Bürgergruppe erhielt außerdem einen umfangreichen Informationsordner. Weiterführende Gutachten konnten einer Handbibliothek entnommen werden, die für die Konsensuskonferenz eingerichtet wurde.

Auswahl der Bürgerinnen und Bürger

Die Einladung der Bürgerinnen und Bürger erfolgte zweigleisig. Um sicher zu gehen, jedem und jeder Bürgerin dieselbe Chance der Teilnahme einzuräumen, wurden per Zufall aus dem Einwohnerregister der Stadt 2000 Bürgerinnen und Bürger ausgewählt. Der Oberbürgermeister und die Akademie für Technikfolgenabschätzung haben diese Personen schriftlich zur Konsensuskonferenz eingeladen. Um besonders motivierte Personen nicht auszuschließen, rief der Oberbürgermeister zusätzlich öffentlich zur Teilnahme in der Presse auf.

Das Interesse an der Konsensuskonferenz in der Bevölkerung war sehr hoch. 200 Personen waren bereit, an 3 - 4 Wochenenden in der Konferenz zu arbeiten. Damit eine Gruppe arbeitsfähig ist und gemeinsame Beschlüsse durch den Austausch von Argumenten erzielen kann, können nach sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen jedoch nicht mehr als 20 Personen an einer Konferenz teilnehmen.

Aus den 200 Interessierten wurden deshalb mithilfe eines Zufallsverfahrens 20 Personen ausgewählt, von denen 15 in der Konsensuskonferenz vom ersten bis zum letzten Tag mitgearbeitet haben. Fünf der 20 ausgewählten Personen konnten teils krankheitsbedingt oder aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen.

Programm der Konsensuskonferenz

25. - 26. April 16. - 17. Mai	Vorbereitungswochenenden , um <ul style="list-style-type: none">• das Mandat kennenzulernen• die Themen kennenzulernen• Fragen an Experten zu formulieren• Experten zu benennen
26. - 27. Juni	Öffentliches Hearing
27. Juni	Formulierung der Bürgerempfehlung
bis 9. Oktober	Ausarbeitung der Bürgerempfehlung
10. Oktober	Diskussion der vorläufigen Bürgerempfehlung mit Experten, Interessengruppen und interessierten Bürgern
10. Oktober	Überarbeitung der Bürgerempfehlung

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung moderierte die Sitzungen und schrieb die Protokolle.

Städtische Leitlinie Flächennutzung (Zitat)

"Flächenverbrauch hinterfragen und Freiflächenkonzept entwickeln"

"Um den Raumansprüchen der Natur in der Stadt gerecht zu werden, muß ein Freiflächenkonzept entwickelt werden, das auch die Land- und Forstwirtschaft miteinbezieht. Freiflächen-, Siedlungs- und Verkehrskonzept bilden gemeinsam die Grundlage für das räumliche Strukturkonzept der Gesamtstadt.

Siedlungs- und Freiraumplanung müssen das Gesamtsystem der miteinander verbundenen Freiräume betrachten, wenn die nur noch begrenzt zur Verfügung stehenden Flächen optimal genutzt werden sollen. Wichtigstes Gestaltungs- und Entwicklungselement wird im Außenbereich die Biotopvernetzung bzw. die Schaffung eines Biotopverbundsystems sein. Ziel ist die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt der Landschaft und ihres ökologischen Grundmusters und eine kontinuierliche Verbesserung des Landschaftsbildes.....

Bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes sind wir gefordert, Leistungsströme zwischen Stadt und Umland ins Gleichgewicht zu bringen. Die Chancen für leistungsfähige öffentliche Verkehrsanbindung und effiziente Energieversorgung, die höhere Baudichten bieten, müssen noch konsequenter genutzt werden. Darüber hinaus muß die Flächennutzungsplanung auch einen verminderten Zugriff auf die natürlichen Ressourcen in den Bereichen Boden, Wasser und Landschaft sicherstellen und einen Beitrag zum Biotop- und Artenschutz leisten." (Materialien zum Umweltdiskurs, S.32)

Folgende Maßnahmen sind uns dazu vorgestellt worden:

- Verdichtetes Bauen und Nachverdichtung von Wohngebieten
- Landschaftsentwicklung

II. Empfehlungen an den Gemeinderat der Stadt Ulm

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsensuskonferenz

Wir haben grundsätzlich eine Übereinstimmung zwischen unseren umweltpolitischen Vorstellungen und den Leitlinien der Stadt festgestellt. Bei der Bearbeitung konkreter Ziele und Maßnahmen haben wir uns vor allem aus Zeitgründen auf das konzentriert, was uns besonders berührte.

1. Leitlinie der Flächennutzung

1.1 Bewertung der Leitlinie

Wir haben keine Einwände gegen die Inhalte der Leitlinie. Deshalb haben wir Empfehlungen zur Umsetzung erarbeitet:

1.2 Maßnahmen

Zusammenarbeit der Städte Ulm und Neu-Ulm

Damit die Leitlinie wirkungsvoll umzusetzen ist, halten wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Städten Ulm und Neu-Ulm für unabdingbar. Wir wünschen uns einen Planungsverbund im Bereich der gesamten Siedlungsplanung mit der Stadt Neu-Ulm, in den in einem zweiten Schritt auch die anderen umliegenden Gemeinden aufgenommen werden sollen. Deshalb begrüßen wir die Bildung der Stadtentwicklungsgesellschaft. Wir erwarten von ihr eine Koordination des Flächenmanagements in der Region. Bewertungskriterien für die Bewältigung dieser Aufgabe müssen sich an den Bedürfnissen der regionalen Entwicklung orientieren und nicht an den Interessen der einzelnen Städte.

Restriktiver Umgang bei der Ausweisung neuer Siedlungsflächen

Die Ausweisung neuer Siedlungsflächen erscheint uns nicht dringend nötig und soll deshalb restriktiv gehandhabt werden. Deshalb findet das Ziel der Nachverdichtung von Siedlungsräumen zum Schutz der unbebauten Fläche unser Einverständnis. Allerdings ist die Nachverdichtung von bereits bestehenden Siedlungsräumen ausgesprochen schwierig.

Dementsprechend sorgfältig muß geplant werden. Qualität muß vor Quantität gehen.

Deshalb sollen folgende Ziele berücksichtigt werden:

- **Durchmischung verschiedener Wohnformen**

Sozialwohnungen, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen, alte und junge Bürgerinnen und Bürger, Familienhaushalte und Einpersonenhaushalte sollen in einem Wohnquartier ausgewogen gemischt werden.

- **Intensive und kreative Begrünung der Freiflächen und konsequente Durchgrünung der Stadt.**

- **Freiflächenverbrauch für den ruhenden Verkehr gering halten**

Möglichst Parkhäuser oder unterirdische Parkräume schaffen. Die Möglichkeit, Bäume zu pflanzen, muß allerdings erhalten bleiben. Den ruhenden Verkehr aus den Anliegerstraßen nehmen.

Sozialverträglicher und sensibler Planungsprozeß im verdichteten Siedlungsbereich

Um möglichst schon im Vorfeld den sozialen Frieden zu gewähren und um zu einer tragfähigen Verdichtung zu gelangen, sollen sozialverträgliche Planungen und Konzeptentwicklungen durchgeführt werden. Eine frühzeitige Einbindung aller Beteiligten in den Planungsprozeß ist für uns dabei ein unbedingtes Muß. Die Bürgerschaft soll von der Verwaltung in ihrer Verantwortung und Kompetenz akzeptiert werden. Diesen Anspruch sollen fünf Kriterien einer sinnvollen Bürgerbeteiligung sicherstellen.

1. Bürgerbeteiligungen sollen immer dann durchgeführt werden, wenn ein Stadtquartier neu geschaffen wird (z.B. Eichberg) oder wenn ein Stadtquartier verändert wird (z.B. Schülinhof).

2. Bürgerbeteiligung muß im Stadium der Entscheidungsoffenheit beginnen. An folgenden Planungsschritten sollen die Bürger beteiligt werden:
 - bei der Aufstellung eines Kriterienkatalogs für den Architektenwettbewerb
 - bei der Bewertung der verschiedenen Entwürfe
 - bei der Feinabstimmung eines zu realisierenden Entwurfes
3. Es sollen nicht nur Anlieger, sondern auch Wohnungssuchende und andere interessierte Bürger beteiligt werden.
4. Es soll darauf geachtet werden, daß die Bürger die Möglichkeit erhalten, eine sachlich angemessene Empfehlung abzugeben. Deshalb soll ein Informationsaustausch mit Architekten, Stadtplanern, Investoren und dem Sozial- und Jugendamt stattfinden.
5. Die Bürgerempfehlung soll dem Gemeinderat vorgelegt werden.

2. Leitlinie der Verkehrsplanung

Die Diskussionsvorlage aus dem Umweltbericht enthält folgende Definition der städtischen Leitlinie:

Städtische Leitlinie (Zitat)

"Verkehrsaufkommen verlagern und Mobilität gewinnen"

*"Oberstes Ziel ist dabei, das Verkehrsaufkommen zu senken und dennoch die Erschließungsqualität zu verbessern. Erzwungene Mobilität muß verringert und unnötiger Kraftfahrzeuggebrauch reduziert werden. Um dies zu erreichen, wollen wir ökologisch verträglichen Fortbewegungsarten Vorrang einräumen und den Verbund dieser Verkehrsarten in den Mittelpunkt unserer Planungsabsichten stellen. Dem motorisierten Individualverkehr sollte langfristig nur die ergänzende Aufgabe zukommen, den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern und die wirtschaftlichen Aktivitäten der Stadt aufrechtzuerhalten."
(Materialien zum Umweltdiskurs, S. 32)*

Folgende Maßnahmen sind uns dazu vorgestellt worden:

1. Innenstadtberuhigung
2. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

2.1 Bewertung der Leitlinie

Wir stimmen der Leitlinie zur Verkehrsplanung der Stadt Ulm mit einer kleinen Einschränkung zu. Wir bestätigen, daß dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs eine tragende Funktion zukommen soll. Jedoch soll der motorisierte Individualverkehr überall dort, wo der öffentliche Personennahverkehr keine attraktive Alternative bieten kann, weiterhin erfolgen. Den Individualverkehr als reinen Zubringer zum ÖPNV einzustufen, ist unrealistisch.

2.2 Maßnahmen

Innenstadtberuhigung

- **Tangentenausbau**

Um den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt zu verlagern, befürworten wir einen zügigen Tangentenausbau. Dabei sehen wir den Konflikt zwischen der Notwendigkeit einer attraktiven und funktionstüchtigen Tangentenumgehung mit zweispurigem Ausbau der Steigungstrecken und andererseits den eventuell daraus resultierenden ökologischen Beeinträchtigungen. Dieser Konflikt muß im Einzelfall bewältigt werden.

- **Parkhaussituation**

Nach unserer Einschätzung sind in Ulm genügend Parkplätze vorhanden. Der Bau weiterer Parkhäuser oder Tiefgaragen in der Innenstadt ist nicht erforderlich. Die weitere Planung von Parkhäusern oder Tiefgaragen soll sich nicht am maximalen Bedarf ausrichten. Beim Bau neuer Wohn- und Geschäftshäuser oder der Sanierung bestehender Gebäudekomplexe ist wegen des Flächenverbrauchs die Unterbringung der Stellplätze unter den Gebäuden der Anlage ebenerdiger Garagen und Stellplätze vorzuziehen.

- **Fußgängerzonen**

Das Angebot an reinen Fußgängerzonen ist nach unserer Ansicht ebenfalls ausreichend. Verkehrsberuhigte Bereiche einzurichten (z.B. wie Herrenkellergasse) ist der Schaffung neuer reiner Fußgängerzonen vorzuziehen.

Zu Fuß gehen attraktiver machen

- Fußgänger sollten als gleichwertige Verkehrsteilnehmer aufgefaßt werden. Die Benachteiligung an einigen Ampeln (Neue Straße / Frauenstraße) sollte aufgehoben werden.

Auch sind gesicherte ebenerdige Straßenüberquerungen Unterführungen vorzuziehen. Parken auf den Gehwegen ist dort zu unterbinden, wo eine Gehwegbreite von 2 Metern unterschritten wird.

- Wir stimmen der Modernisierung des Bahnhofsteges zu. Dabei ist ein direkter Zugang zu den Gleisen von der Weststadt aus dringend erforderlich. Der heute nötige Umweg durch das Bahnhofsgebäude ist ein Ärgernis. Eine bequemere Benutzung des Steges auch für Radfahrer würden wir unbedingt befürworten.

Fahrradfahren attraktiver machen

- Radfahrer sollten als gleichwertige Verkehrsteilnehmer aufgefaßt werden. Fußgänger und Radfahrer sollten jeweils eigene, deutlich gekennzeichnete Verkehrsflächen erhalten.
- Die doch recht häufigen Lücken im Radwegenetz sind zügig zu schließen. Dies darf nicht zu Lasten der Fußgänger geschehen. Gefährliche Situationen zum Beispiel die Ecke beim Café Jehle sind, so gut es geht, zu entschärfen.
- Werden Radwege für Hauptverkehrsachsen getrennt von Hauptverkehrsstraßen angelegt, so sind diese für die Radfahrer besser kenntlich zu machen. Die Hinweisschilder sind auf ihre Erkennbarkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu vergrößern und an geeigneter Stelle anzubringen.
- Im Innenstadtbereich sollte ein überdachter und überwachter Fahrradparkplatz eingerichtet werden.
- Eine Fahrradmitnahme im ÖPNV sollte in Schwachlastzeiten möglich sein.

Verbesserungen des bestehenden öffentlichen Nahverkehrsystems

- Die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich ÖPNV soll verbessert werden. Ähnlich wie bei der Abfallentsorgung sollte ein leicht verständliches Infoheft an alle Haushalte verteilt

werden, woraus Tarife, Tarifbedingungen, Abfahrtszeiten, Anschlüsse etc. hervorgehen. Vielfach sind die Bürger derzeit über den Nahverkehrsverbund DING (Donau-Iller-Nahverkehrsgesellschaft) und dessen günstige Angebote nicht informiert.

- Wesentliche Verbesserungen wie die Einführung neuer Linien sollte mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen (Fest, Musik, Luftballons, Kinderaktionen usw.) eingeleitet werden.
- Die Angebotsqualität im ÖPNV sollte gesichert und ausgebaut werden. Auch künftig sollen die Haltestellen in vernünftigem Abstand zueinander liegen und die Taktfrequenzen nicht verschlechtert werden.
- Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verbesserung der Umsteigebedingungen im DING zu legen. Die Ankunfts- und Abfahrtszeiten sind an zentralen Knotenpunkten besser aufeinander abzustimmen, sodaß ein Umsteigen ohne allzu großen Zeitdruck möglich ist. Durch ein modernes Leitsystem sind die Fahrer bei der Einhaltung von Umsteigebeziehungen zu unterstützen und zu überwachen.
- Derzeit empfehlen wir keine Privatisierung von Teilbereichen des ÖPNV. Wir befürchten einen zu großen Abstimmungsbedarf zwischen den Stadtwerken und den Privatunternehmen, der zu unnötigen Belastungen in der Anfangsphase des neuen Nahverkehrskonzepts führen könnte. Zu einem späteren Zeitpunkt kann über eine "Privatisierung" nachgedacht werden.
- Die geplante Schaffung zusätzlicher Haltestellen im Bahnnetz wie zum Beispiel "Industriegebiet Donautal" und "Donauhalle" sollten im Rahmen der Planungen für den Regionalverkehr geprüft und bei einem positivem Ergebnis zügig umgesetzt werden.
- Bessere Anschlüsse des ÖPNV an den Regionalverkehr

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Der Ausbau und die qualitative Verbesserung des ÖPNV's ist uns wichtig und wird von uns als dringlich eingestuft. Nur durch eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV kann der individuelle Kraftfahrzeugverkehr bei einer prognostizierten Steigerung des Verkehrsaufkommens zumindest konstant gehalten werden.

Der Bau der ersten neuen Straßenbahnlinie von der Wissenschaftsstadt über die Innenstädte von Ulm und Neu-Ulm nach Ludwigsfeld sehen wir als wichtigen Baustein an, um das Ziel zu erreichen, den Anteil des öffentlichen Nahverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen zu steigern. Dieses gemeinsame Verkehrsprojekt der Städte Ulm und Neu-Ulm, welches die beiden Städte besser mit einem leistungsfähigen Nahverkehr verbinden soll, wird von uns befürwortet. Die Planungen für dieses Projekt laufen seit 5 Jahren und sollten deshalb nicht weiter verzögert oder ohne schwerwiegende Gründe abgebrochen werden.

Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Linie sind jedoch:

1. daß geringere betriebliche Folgekosten für die Städte Ulm und Neu-Ulm entstehen als bei einem vergleichbaren Bussystem,
2. daß die Erwartungen zu den Fahrgastzahlenwüchsen auf einer stichhaltigen Begründung beruhen.
3. daß der begleitende Ausbau des Bussystems, so wie er im Gutachten vorgesehen ist, zügig begonnen wird.

Wir schlagen vor, die im Zuge des Straßenbahnausbaus geplanten Ergänzungen im Busnetz auf eine vorgehende Realisierung zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

3. Leitlinie der Energieversorgung

Der Umweltbericht enthält folgende Leitlinie:

Städtische Leitlinie (Zitat)

"Klimaschutz und Energieeinsparung"

"Ein ehrgeiziges Umweltqualitätsziel hat sich die Stadt Ulm mit dem Beitritt zum Klimabündnis gesetzt. Gleichwohl ist eine fünfzigprozentige Reduktion der Kohlendioxidemissionen unter Vorsorgegesichtspunkten notwendig, da die einzig nachhaltigen und zukunftsbeständigen Alternativen, die erneuerbaren Energiequellen, nicht im derzeit nötigen Umfang zur Verfügung stehen.

Das kommunale Energiekonzept Ulm weist Wege zur Erreichung dieses Ziels; erste Schritte zur Umsetzung sind eingeleitet. Wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen, die Ergebnisse aufzeichnen und aktualisieren, um auf Veränderungen frühzeitig reagieren zu können."
(Materialien zum Umweltdiskurs, S. 32)

Folgende Maßnahmen wurden vorgestellt:

- Energieeinsparung
- Rationelle Energieanwendung
- Nutzung erneuerbarer Energien

3.1 Bewertung der Leitlinie

Wir bestätigen die Leitlinie. Das Ziel 50 % des CO₂-Ausstosses zu reduzieren, hat neben einer mathematisch exakten Zielbestimmung auch einen symbolischen Wert. Es macht deutlich, daß ein konsequentes Umdenken in allen Bereichen notwendig ist.

Die Stadt Ulm hat mit dieser Leitlinie konkrete Ziele verbunden und setzt sie in Teilbereichen erfolgreich um. In Baden-Württemberg weist die Stadt die größte Kollektorfläche pro Einwohner auf. Bundesweit sind wir Vorreiter, was die installierte Photovoltaik betrifft. Außerdem besteht ein sehr hoher Fernwärmeanteil bezogen auf die Haushalte der Stadt.

3.2 Maßnahmen

Unabhängige Organisation zur Umsetzung des CO₂-Zieles

Es ist der Stadt bisher nicht gelungen, sowohl die Inhalte der Leitlinie wie auch ihre ganz konkreten Anstrengungen zur Umsetzung in die Bürgerschaft herauszutragen, sie ins Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Hier muß ein völlig neues Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit ansetzen.

Folgende Aufgaben sind zu bewältigen: Motivation für die CO₂-Vermeidung aufbauen. Initiativen entwickeln und aufzeigen, konkret und individuell beraten, jedem Haushalt die Möglichkeit der Selbstkontrolle geben. Wir meinen, daß dies nur von einer Organisation zu leisten ist, die vom Energieversorger unabhängig ist.

- Die Organisation soll aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger und auf die Gewerbetreibenden zugehen (Keine Postwurfsendungen aber beispielsweise eine intensive Zusammenarbeit mit den regionalen Planungsgruppen).
- Die Bürgerinnen und Bürger sind über Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu informieren und hierzu zu motivieren (Beispiel: Jährlicher Wettbewerb im isolierten Altbau). Hilfreich wäre es zum Erreichen der Einzelhaushalte, Multiplikatoren anzusprechen, wie Handwerkskammer, Verband der Haus- und Grundbesitzer, den Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bauträger, Bausparkassen, Architekten, Elektrohandel etc.
- Die Organisation soll einer erfolgsabhängigen Finanzierung unterliegen.

- Die Organisation soll einen zentralen Standort in der Stadt erhalten
- Die Arbeit wäre ähnlich intensiv nötig, wie es in der Abfallwirtschaft zum Problemthema "Müll" erfolgt ist.

Die umfassenden Bemühungen im Rahmen des Energiemarketings sollen allmählich zu einer Bewußtseinsänderung führen.

Festlegung von Etappenzielen für verschiedene Zielgruppen

Desweiteren halten wir ein koordiniertes Vorgehen für erforderlich. Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende und die Energieversorger müssen aushandeln, welche jährlichen Einsparziele sie jeweils erreichen wollen und wie sie das tun können. Das Ziel der 50 % CO₂-Reduktion über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahre hinweg, soll auf diesem Weg in gruppenspezifische Etappenziele heruntergebrochen werden. Doch damit nicht genug, es müssen auch Kontrollen über das Erreichen der verschiedenen Etappenziele entwickelt werden.

Installation der Gasturbine

Wir befürworten eine umgehende Installation der Gasturbine wegen ihres hohen Potentials zur Verringerung des CO₂-Ausstosses.

Die FUG verzögert die Installation der Gasturbine, da sie aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes einen Verfall des Strompreises befürchtet. Wir möchten den Gemeinderat bitten, schnellstmöglich zu prüfen, ob zum Beispiel durch eine geeignete Gestaltung der Lieferverträge das Risiko auf ein zumutbares Maß gesenkt werden kann.

Bei allen energiepolitischen Entscheidungen soll die Verpflichtung der Stadt, eine 50 % CO₂-Reduktion durchzuführen, beachtet werden.

II. Dokumentation

1. Zusammensetzung der Konsensuskonferenz

Bei der Zusammensetzung der Konsensuskonferenz hat die Akademie für Technikfolgenabschätzung eine Quotierung für folgende Merkmale festgelegt:

Zusagen Aufgerufene (17 Personen) / Öffentlich Interessierte (3 Personen). Diese Verhältnis lag auch bei den Zusagen vor.

10 Frauen / 10 Männer. So verhält es sich auch in der Ulmer Bevölkerung.

18- 40-Jährige (9 Personen) / 41 - 65-Jährige (8 Personen) / 66 Jahre und mehr (3 Personen). Der Schlüssel ergibt sich aus der statistischen Verteilung der Altersgruppen in der Ulmer Bevölkerung.

Ulmer Norden (1 Person) / Ulmer Süden (4 Personen) / Ulmer Westen (5 Personen) / Ulmer Osten (5 Personen) / Kernstadt (5 Personen). Die Ulmer Bevölkerung teilt sich in diesem Verhältnis auch auf die verschiedenen Stadtgebiete aus.

Die 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsensuskonferenz wurden unter der Aufsicht des Datenschutzbeauftragten der Akademie mithilfe eines Zufallgenerators gezogen.

Von der Teilnahme sind aus terminlichen Gründen 3 Personen zurückgetreten. Eine Person ist abgesprungen. Die Konsensuskonferenz umfaßt also 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Sozialprofil sieht wie folgt aus:

Geschlecht	
Frauen	8
Männer	8

Alter	
18 - 40	6
41 - 65	8
66 Jahre und mehr	2

Bildungsabschluß	
Hauptschulabschluß	2
Realschulabschluß	3
Fachhochschule / Hochschule	11

Beruflicher Status	
In Ausbildung	1
Angestellt	7
Arbeitslos	2
Hausfrau	1
Unternehmer	3
In Rente	2

Krankheitsbedingt konnte eine Person nicht bis zum Ende an der Konsensuskonferenz teilnehmen.

2. Tagesordnungen

Tagesordnung für die 1. Sitzung der Konsensuskonferenz 25. -26.4.1998

Samstag, 25.4.1998

9.00 Begrüßung und Einführung

10.15 Themenblock I: Flächennutzung

- Einführung in das Thema, städtische Leitlinie und Maßnahmen
Herr Frieser, Abteilung für Umwelt- und Stadtplanung
- Kommentar aus Sicht des BUND
Herr Stolz, BUND
- Kommentar aus Sicht der Kunden
Herr Wucher, Grundstücksmakler
- Diskussion und erste Beurteilung

12.00 Mittagessen

13.00 Begrüßung der Teilnehmer durch Oberbürgermeister Gönner

13.30 Themenblock II: Verkehr

- Einführung in das Thema, städtische Leitlinie und Maßnahmen
Herr Reimers, Stadt Ulm
- Kommentar aus Sicht des BUND,
Herr Fortmann, BUND
- Kommentar aus Sicht der IHK
Herr Engmann, Industrie- und Handelskammer
- Diskussion und erste Beurteilung

15.45 Entscheiden in der Konferenz

17.00 Ende

Sonntag, 26.4.1998

9.00 Begrüßung

9.15 Themenblock III: Energieversorgung

- Einführung in das Thema, städtische Leitlinie und Maßnahmen
Herr Ohneberg, SWU
- Kommentar aus Sicht von Eurosolar
Herr Innig, Eurosolar
- Kommentar aus Sicht der Handwerkskammer
Frau Maeser, Handwerkskammer
- Diskussion und erste Beurteilung

11.00 Pause

11.15 Wesentliche Fragestellungen definieren

12.30 Mittagessen

13.30 Schwerpunkte für die weitere Arbeit festlegen

16.30 Arbeitsprogramm für die zweite Sitzung festlegen

16.50 Sonstiges

17.00 Ende

Tagesordnung für die 2. Sitzung der Konsensuskonferenz 16. - 17. 5.1998

Samstag, 16.5.1998

- 9.00 Begrüßung und Einführung
Was geschah bisher? Wie geht es weiter?
- 9.45 Arbeit mit den Szenarien
- 12.00 Mittagessen
- 13.00 Formulierung von eigenen Leitlinien
- 14.45 Pause
- 15.00 Bewertung der städtischen Leitlinien
- 16.45 Sonstiges
- 17.00 Ende

Sonntag, 17.5.1998

- 9.00 Begrüßung und Einführung
- 9.15 Stellungnahmen der Ulmer Institutionen
-Frau Dr. Brigitte Dahlbender, unW -
- 10.00 Einführung in die Arbeit der Maßnahmenbewertung
- 10.30 Pause
- 10.45 Erste Bewertung der Maßnahmen
- 12.00 Mittagessen
- 13.00 Schlüsselfragen formulieren und erste Bewertungen vornehmen
- 15.45 Pause
- 16.00 Abschlußdiskussion zu den festgelegten Schlüsselfragen,
Sachverständige benennen
- 16.45 Sonstiges
- 17.00 Ende

Tagesordnung für das Öffentliche Hearing am 26. - 27. 6. 1998

Freitag, 26.6.1998

- 16.00 Eröffnung der Konsensuskonferenz
Herr Bürgermeister Wetzig, Ulm,
Prof. Dr. Renn, Akademie für Technikfolgenabschätzung
- 16.20 Worum geht es?
Die Veranstalter stellen den Ablauf der Konsensuskonferenz
und die beteiligten Bürgerinnen und Bürger vor.
- 16.45 - 19.00 Fragerunde zwischen Fachleuten und Bürgern zum Themenbereich Energieversorgung
- 16.45 Wie war die Resonanz auf die Energieberatung der Stadtwerke bis jetzt?
Herr Dipl.-Ing. Ohneberg, SWU
- 17.15 Gibt es im Klimabündnis andere Städte, die für Ulm Vorbild sein könnten? - Das Beispiel Schwäbisch Hall -
Herr Dipl.-Ing. Gentner, Stadtwerke Schwäbisch Hall
- 18.00 Warum ist die Stadt nicht erfolgreicher bei der Verfolgung der Klimaziele? Was will die Stadt tun, um die Ziele zu erreichen? Welche bundespolitischen Vorgaben helfen Ulm oder behindern Ulm bei der Umsetzung des Beschlusses?
Herr Bürgermeister Wetzig
- 18.45 Zusammenfassende Diskussion
- 19.00 Pause

- 19.30 - 21.00 Fragerunde zwischen Fachleuten und Bürgern zum Themenbereich Flächennutzung
- 19.30 Wie haben Anlieger die Nachverdichtung von Siedlungen erlebt? Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Wie kommen die Anlieger heute damit zurecht?
Frau Laepple
- 20.00 Wie wird die Bürgerbeteiligung an der Gestaltung neuer verdichteter Wohnbereiche in Ulm heute erlebt?
Herr Frieser, Stadtplanungsamt
- 20.30 Welche anderen Beteiligungsmodelle gibt es außerhalb Ulms?
Herr Dr. Bongardt, Universität Wuppertal
- 21.00 Zusammenfassende Diskussion
- 21.30 Ende des ersten Tages

Samstag, 27.6.1998

- 9.00 - 12.00 Fragerunde zwischen Fachleuten und Bürgern zum Themenbereich Verkehrsplanung
- 9.00 Durch den Ausbau des ÖPNV sollen 10 % der bisherigen Autofahrten auf den ÖPNV verlagert werden. Die ÖPNV-Nutzung wird dadurch verdoppelt.
Welche Personengruppen sollen dies ermöglichen? Was ist der zusätzliche Nutzen für die Umsteiger, welche Motive werden angenommen, damit dieser Nutzerkreis vom Auto auf die Straßenbahn umsteigt?
Wie wird der Fahrplan gestaltet werden (Taktfrequenzen, Auslastung der Züge)?
Sind gleichzeitige Behinderungen des motorisierten Individualverkehrs geplant, um ein Umsteigen auf den ÖPNV naheulegen?
Stadt Ulm
- 9.45 Gibt es Erfahrungen zur Annahme dieser Größenordnungen aus anderen Städten in vergleichbarer Größe?
Herr Dipl.-Geograph Brenner, Akademie für Technikfolgenabschätzung
- 10.00 Wie wird der Ausbau des ÖPNV finanziert?
Hinterfragung der Annahmen für die Modellrechnungen der Heimerl-Studie.
Stadt Ulm
- 10.15 - 10.30 Pause

- 10.30 Über den Verkauf der Fahrkarten soll der ÖPNV zu 60 % finanziert werden.
Welche Tarifgefüge sind im gegebenen juristischen Rahmen denkbar (Job-Ticket, Bürgerticket, Studententicket)? Welche Vor- und Nachteile weisen diese verschiedenen Systeme auf?
Herr Dipl.-Geograph Brenner, Akademie für Technikfolgenabschätzung
- 11.00 Derzeit finden jährlich an die 200.000 Fahrten über das Stadtgebiet hinaus statt.
Welche Maßnahmen können diesen MIV-Anteil vermindern?
Wie wird der Bahnhof in das regionale Schienennetz integriert?
Stadt Ulm
- 11.30 Der Durchfahrtsverkehrs soll nach Möglichkeit aus der Stadt verlagert werden.
Wie konsequent wird der Ausbau der Tangenten fortgeführt?
Stadt Ulm
- 11.45 Zusammenfassende Diskussion
- 12.00 Ergebnisse des Hearings
- 12.30 Ende

Tagesordnung für die Klausursitzung am 9.10.1998

- 17.00 Begrüßung
Protokollabnahme, Zielsetzung, Tagesordnung
- 17.15 Bürgergutachten - Entwurf -
Verbesserung der Textpassagen
Neue Argumente, neue Textpassagen
- 19.00 Pause
- 19.15 Bürgergutachten - Entwurf -
- 20.30 Wie geht es weiter?
- 21.00 Ende

Tagesordnung für die öffentliches Diskussion am 10.10.1998

- 10.00 Begrüßung
Darstellung der Aufgabenstellung
- 10.10 Themenblock: Flächennutzung
Leitlinie und Maßnahmen
Empfehlungen der Konsensuskonferenz
Diskussion
- 11.00 Themenblock: Verkehr
Leitlinie und Maßnahmen
Empfehlungen der Konsensuskonferenz
Diskussion
- 11.45 Pause
- 12.00 Themenblock: Energieversorgung
Leitlinie und Maßnahmen
Empfehlungen der Konsensuskonferenz
Diskussion
- 12.45 Zusammenfassung
- 13.00 Ende

Abschlußsitzung am 10.10.1998 ohne Tagesordnung

3. Beteiligte Personen

Bürgergruppe

Mareike Böhm, Bärbel Denk, Mahmoud Djalali, Angelika Emmerich, Isolde Fauß, Petra Gröger, Sabine Günther, Christian Hedde, Karin Hohnke, Anton Horn, Doris Jetter, Wolfgang Jütting, Heinz Peter, Reinhold Roppert, Günther Witte.

Sachverständige

Einführung	Herr Oberbürgermeister Gönner
Ständiger Sachverständiger	Herr Popp, Abteilung Stadtplanung und Umwelt der Stadt Ulm
Flächennutzung	Herr Dr. Bongardt, Universität Wuppertal Herr Frieser, Leiter des Stadtplanungsamtes Frau Laepple, Ulmer Bürgerin Herr Lehmann, Stadt Ulm Herr Stolz, BUND Frau Weinek-Hubert, Planungswerkstatt Herr Wucher, Immobilienbüro
Verkehrsplanung	Herr Brenner, Akademie für Technikfolgenabschätzung Herr Engmann, IHK Herr Fortmann, BUND Herr Jungholt, Stadt Ulm Herr Raeck, SWU Herr Reimers, Stadt Ulm,

Energieplanung Herr Danks, FUG
Herr Gentner, Stadtwerke Schwäbisch Hall
Herr Innig, Eurosolar
Frau Maeser, Handwerkskammer Ulm
Herr Ohneberg, SWU
Herr Bürgermeister Wetzig,

Phase 1 des Um-
weltdiskurses Frau Dr. Dahlbender

Organisation

Moderation Herr Prof. Dr. Renn
Frau Dr. Köberle, Herr Dr. Kastenholz
Akademie für Technikfolgenabschätzung

Protokollführung Frau Kinn
Herr Minst

Programmgestal-
tung, Koordination
und Organisation Herr Prof. Dr. Renn
Frau Dr. Köberle, Herr Dr. Kastenholz
Akademie für Technikfolgenabschätzung

Geschäftsstelle
des Umweltdiskur-
ses Herr Jäger, Herr Popp, Stadt Ulm

Anhang:

Persönliche Empfehlungen einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsensuskonferenz

Es gibt verschiedene Dinge, die einzelne Bürgerinnen und Bürger unserer Gruppe Ihnen gerne noch mitteilen möchten:

Revitalisierung der Ulmer Spielplätze

„Ein besonderes Anliegen sind mir persönlich die Spielplätze. Viele Ulmer Spielplätze sind lieblos und nicht ansprechend. Um einen Spielplatz zu gestalten, ist es sicherlich nicht damit getan, ein Klettergerüst oder eine Rutsche aufzustellen. Kinder wollen sich verstecken. Sie brauchen Hügel, Büsche, bauliche Anregungen für Rollenspiele usw. Für die Mütter kann der Spielplatz Treffpunkt sein. (Patenschaften für Spielplätze!?)

Das Ganze muß nicht unbedingt mit Mehrkosten verbunden sein. Man soll mehr die Bedürfnisse der Kinder unter entwicklungspsychologischen Aspekte berücksichtigen. Das gilt auch für Schulhöfe und Kindergärten.

Parallel dazu müßte man die Besucher zur Mitverantwortung heranziehen - vielleicht durch Handzettel -. Das heißt, dies bitten, alles mit der nötigen Sorgfalt zu behandeln.

Dazu gehört meiner Meinung nach auch die Transparenz der Kosten so eines Platzes. Der Bürger soll wissen, was der Spielplatz gekostet hat, was der Unterhalt verschlingt (Schautafel) usw.“

Freiflächenbegrünung

„Die Freiflächenbegrünung soll den Ansprüchen und den Wünschen der Anlieger entsprechen. Dies verhindert die Zer-

störung von Grünflächen durch Vandalismus. Deshalb der Vorschlag:

- Selbsthilfegruppen für öffentliche Räume zu bilden
- Patenschaften für Freiflächen zu vergeben. "